* Wilson hielt beim Abschiedsmahl im Elysee eine Rede, in der er den Ausbau des amerikanisch-französischen Bündnisses ankündigte.

* Der militärische Schutz im Osten bleibt bis zum vertragsmäßigen Uebergang in die durch den Friedensvertrag genannten neuen Besitzverhältnisse bestehen.

* Der deutsche Kronprinz soll aus Holland entflohen sein und deutsches Gebiet gewonnen haben.

* Wie die „Frankfurter Nachrichten" aus zuverlässiger Quelle erfahren, ist der Münchener Kommunistenführer Dr. Max Levien verhaftet worden.

* Der finnische Landtag hat sich mit 165 gegen 22 Stimmen für die Republik erklärt. Im nächsten Monat soll die Wahl des Präsidenten stattfinden.

Der Friedensvertrag unterzeichnet!

Versailles, 28. Juni. Der Friedensvertrag ist, wie vorgesehen, nachmittags um 3 Uhr im Schlosse unterzeichnet worden.

Nachmittags 3 Uhr 8 Minuten eröffnete Clemenceau die Sitzung zur Unterzeichnung des Friedens mit einer kurzen Rede, in der er sagte: Der zu unterzeichnende Text stimmt genau überein mit dem, welcher an Deutschland mit 200 Exemplaren übergeben wurde. Nun beginnt die Unterzeichnung. Die Unterzeichnenden geben mit der Unterzeichnung das feierliche Versprechen, die mit der Unterzeichnung des Friedens aufgenommenen Verpflichtungen heilig und treu zu erfüllen. Präsident Wilson unterzeichnete um 3 Uhr 11 Minuten. Dann folgten die übrigen amerikanischen Delegierten. Die Deutschen unterzeichneten den Frieden an erster Stelle vor den übrigen Delegationen um 3 Uhr 15 Minuten. Smuts überreichte im Staatsamt einen Protest gegen die Bestrafung des Kaisers und der anderen durch den Friedensvertrag in Mitleidenschaft gezogenen Personen. Um 3 Uhr 51 Minuten war der Akt der Unterzeichnung vollzogen. Gleich darauf verließen die Deutschen das Schloß.

Friede ohne Freude.

Mit brennendem Sehnen haben Millionen Menschen deutscher Zunge dem Tag entgegengezittert, an dem das befreiende Wort vom Ende des fürchterlichsten aller Kriege mit gewaltigem Brausen in glückliches Vaterland erfüllen werde. Nun haben wir diesen Tag erlebt, freudlos, in düsterem Ernst, von wahrer Seelenpein gepackt, tief betroffen in unserem innersten Wesen, schmählich betrogen um die Erfüllung heimlicher Hoffnungen. Mit dem lähmenden Gefühl einer Verkündigung, einer Verhöhnung aller Menschen wurden unsere kämpferischen Sinne eingeschläfert; mit der Verheißung auf freie Selbstbestimmung auf einen beruhigenden, ausgleichenden Rechtsfrieden wurden wir zur Niederlegung unserer gefürchteten Waffen verlockt. Und als wir aus dem bösen Traum erwachten, ward uns die bittere, brennende Erkenntnis: „Recht ist nur der ausgeschmückte Name für alles Unrecht, das die Erde trägt." Völkerbefreiung und Völkerbeirrung verblieb uns der teuflisch gleißnerische Mann aus Amerika, den unverbesserliche deutsche Schwärmer als das große Weltgewissen, als den wiedererstandenen Saul priesen. Aber im Lichte des Tages entpuppte er sich lediglich als salbungsvoller Heuchler als Tragödienhelm amerikanischen Laut, dem deutsche Gutgläubigkeit nun entsagungsvollste Opfer bringen muß.

„Deutschland verzichtet" ist die grausige immer wieder schrill in unsere Ohren gellende Weise des Schand- und Schmachvertrages, der uns auferlegt ist und abgezwungen war. Deutschland verzichtet auf Millionen seiner Reichsgenossen. Deutschland verzichtet auf seine Kolonien. Deutschland verzichtet auf seine Handelsflotte. Deutschland verzichtet auf 1/10000 Milchkühe. Deutschland verzichtet auf das Recht, sein eigenes Haus nach eigenem Gutdünken zu bestellen und nimmt dem Wiedergutmachungsausschuß, in gewissem Sinne einem schlimmen Zeitgenossen Ludwigs XIV., die berüchtigten Reunionskammern Ludwigs XIV., die Befugnis ein, das deutsche Wirtschaftsleben zu beaufsichtigen und zu bevormunden. Deutschland verpflichtet sich den unerschwinglichen Milliardenleistungen, deren Höhe erst noch festgestellt werden soll und von uns im voraus schon anerkannt werden muß, den Vorrang vor allen einheimischen Bedürfnissen zuzubilligen. Deutschland verzichtet auf seine und seiner Staatsangehörigen Niederlassungen im Auslande und gibt damit die Früchte angestrengter, fleißiger Arbeit eines Menschenalters preis. Deutschland verpflichtet sich zur Auslieferung des ehemaligen Kaisers und seiner Heerführer, es erkennt seine alleinige Schuld am Ausbruch des Weltkrieges an.

Macht es Euch klar, deutsche Volksgenossen, was Euch droht! Und wenn die fragenden Augen Eurer Kinder Euren düster umwölkten Blicken begegnen, wenn der Jugend nicht, was ihr bevorsteht! Verzweifelt wird es mit der deutschen Unabhängigkeit, mit der deutschen Selbständigkeit. Und doch, wir müssen wieder aufwärts, wenn wir nicht hoffnungslos dahinsinken wollen. Wenn auch dieser schmachvollen Stunde ungeheure Wucht uns schier zu zermalmen droht, wenn wir aus dem donnernden Zusammenbruch stolzer Größe für den Augenblick keinen Ausweg sehen: wir dürfen in des Schiffbruches Katastrophe nicht verzagen. Wecken, stärken und stählen wir also in uns den Willen, in der bedingungslosen Hingabe an die Gemeinschaft, in der rastlosen Arbeit für das Ganze, dem wir die Grundlage unserer persönlichen Existenz verdanken, die vornehmste Pflicht unseres Wirkens in der Zukunft zu erkennen und nach dieser Erkenntnis unermüdlich zu handeln! Dann werden wir uns nach schmerzensreichen Jahren der Entsagung wieder aufrichten, dann wird vielleicht einmal für ein späteres Geschlecht eine glückliche Stunde schlagen.

Hierzu gingen noch folgende Drahtmeldungen ein:

Paris, 30. Juni. Wie die Blätter melden, war auch nach der Unterzeichnung jeder Versuch, sich den Deutschen zu nähern, vergebens, da Clemenceau befohlen hatte, sich mit den Deutschen zu unterhalten unter der Androhung der Aburteilung vor dem Kriegsgericht. Der Vertreter der amerikanischen Agentur „United Preß" hat indessen von Dr. Bell und Hermann Müller folgende Erklärung erhalten: Wir haben ohne irgend welchen Vorbehalt unterzeichnet. Das deutsche Volk wird alles in seinen Kräften stehende tun, um zu versuchen, sich den Friedensbedingungen anzupassen. Wir glauben indessen, daß die Entente in ihrem eigenen Interesse es für nötig machen wird, hinsichtlich der Unmöglichkeit der Ausführung einzelne Artikel zu ändern. Wir denken, die Entente wird nicht auf der Auslieferung des Kaisers bestehen. Die deutsche Zentralregierung wird einem Vorstoß gegen die Polen keinerlei Unterstützung leihen.

Maßnahmen zur baldigen Ratifizierung des Vertrages.

Basel, 30. Juni. In einer im Anschluß an die Unterzeichnung abgehaltenen Sitzung faßte der Rat der Vierer die zur baldigen Ratifizierung des Vertrages notwendigen Maßregeln. Bereits am Montag wird das betreffende Gesuch in Berlin, Frankreich und England unterbreitet werden.

Washington, 30. Juni. In einer an das amerikanische Volk unmittelbar nach Unterzeichnung des Friedensvertrages gesandten Botschaft dringt Präsident Wilson auf Annahme des Friedens- und Völkerbundvertrages ohne Abänderung oder Vorbehalt. Er nennt den Friedensvertrag das große Abkommen einer neuen Ordnung der Dinge, das Grund für eine tiefe Genugtuung (!!) und allgemeine Beruhigung (!!) biete. (Reuter.)

Die Auslieferungsfrage.

Bern, 30. Juni. Den französischen Blättern zufolge richtete der Vierrat an Holland eine Note, in welcher eine bessere Ueberwachung der Holzzollen empfohlen wird. Die Chicago Tribune meldet: Wilson und Lansing seien nicht geneigt, die Liste der von Deutschland nach dem Friedensvertrag auszuliefernden Personen aufzustellen, da die amerikanische Delegation von allem Anfang an gegen die Auslieferung des Kaisers und der höheren Offiziere gewesen sei, weil diese dadurch nur in eine Märtyrerrolle gehoben und eine Bewegung ihres Anhanges gefördert würde. Auch die Belgier hätten sich diesen Gesichtspunkten angeschlossen. Nur Lloyd George habe sich an das Versprechen gebunden, das er verschiedentlich wegen der Bestrafung des Kaisers abgegeben hätte.

Sächsischer gewerblicher Genossenschaftstag 1919.

VZ. Riesa, Der 15. ordentliche Verbandstag des Landesverbandes gewerblicher Genossenschaften in Sachsen wurde vor kurzem hier abgehalten. Die Tagung war von über 400 Vertretern und einer stattlichen Anzahl von Ehrengästen besucht. Dem Verbande gehören heute 243 Genossenschaften mit 20.000 Mitgliedsbetrieben an, die Mitgliederzahl beträgt 13540, das eigene Vermögen 4556799 Mark, der Umsatz nahezu 89 Millionen. Die 35 Kreditgenossenschaften haben ein Vermögen von über 4 Mill. Mark, ihr Umsatz betrug 1918 746 Mill. Mark. Zur Förderung der Genossenschaftsbestrebungen wurde ein Staatszuschuß von 9000 Mark gewährt. Der Haushaltplan fand Genehmigung. Nach einem Referat des Herrn Bäckerobermeister Bienert-Chemnitz über „Die Wirkung der geplanten Sozialisierung auf das Handwerk und sein Genossenschaftswesen" wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Der 15. sächs. gewerbl. Genossenschaftstag in Riesa erklärt: 1. das deutsche Handwerk ist ein wirtschaftlicher und notwendiger Bestandteil des deutschen Wirtschaftslebens und daher von der Gesetzgebung und Verwaltung zum Vorteil der Allgemeinheit zu fördern. 2. Neben den Berufsverbänden und Innungen sind die Genossenschaften des Handwerks die geeignete und wirksame Ergänzung der wirtschaftlichen Organisationen, und diese haben in gemeinsamer Arbeit mit den öffentlich rechtlichen Berufsvertretungen den Wiederaufbau und die Erhaltung der Handwerksbetriebe zu sichern. 3. Dazu bedarf es des schleunigen Abbaues der zwangsweisen Regelung des Wirtschaftslebens, um die gebundenen Wirtschaftskräfte von den lästigen Fesseln zu lösen, die allein nur die Gesundung und Entwickelung der Volkswirtschaft verhindern. 4. Die Bestrebungen auf Sozialisierung und Kommunalisierung der Handwerksbetriebe werden von dem Genossenschaftstag einmütig abgelehnt, da alle diese Pläne den Motor des persönlichen Interesses ausschalten und die Arbeitsergebnisse erheblich vermindern. 5. Mit den Berufsverbänden des Handwerks stellen sich die gewerblichen Genossenschaften und deren Verbände auf den Boden der Eigenwirtschaft, die in ihrer genossenschaftlichen Verbindung eine Zusammenfassung der lebendigen Wirtschaftskräfte und den angemessenen Ausgleich zwischen persönlicher Arbeit und Kapitalkraft verbürgen. 6. Die Arbeitsgemeinschaft der öffentlich rechtlichen, der fachlichen und genossenschaftlichen Berufsvertretungen hat sich der Regierung zur dringend gebotenen Steigerung und Entwickelung der Arbeitsergebnisse zur Verfügung zu halten."

Nach einem Referat des Bankdirektors Schoch-Plauen über die Auskunftspflicht der Kreditgenossenschaften in Steuersachen wurde in dieser Beziehung folgende Entschließung angenommen:

„Nach behördlichen Aeußerungen besteht die Absicht, in die Steuergesetzgebung für alle Kreditanstalten die Auskunftspflicht den Steuerbehörden gegenüber einzuführen. Der heute in Riesa tagende Verbandstag der gewerblichen Genossenschaften in Sachsen sieht hierin eine schwere Gefahr für das gesamte wirtschaftliche Leben und eine Vernichtung aller Kreditorganisationen, insbesondere der Kreditgenossenschaften. Er beschließt deshalb in einer Eingabe an die deutsche Nationalversammlung und an die sächsische Volkskammer dagegen Stellung zu nehmen, und zu versuchen, daß davon abgesehen werden möge, eine Auskunftspflicht der Kreditanstalten in die Steuergesetzgebung aufzunehmen."

Zum 1. Vorsitzenden ist E. J. Knappe-Leipzig einstimmig als Verbandsdirektor wiedergewählt worden. Der nächste Verbandstag findet in Reichenbach i. V. statt.

Deutsches Reich.

Dresden. VSZ. (Umbildung der sächsischen Regierung.) An unsere Meldung über den Eintritt der Demokraten in die sächsische Regierung knüpft ein Teil der sächsischen Presse Betrachtungen und nennt bereits Namen für neu zu besetzende Ministerposten. Wie wir zuverlässig erfahren, sind diese Betrachtungen als übertrieben anzusehen. Der gleichzeitig erfolgende Angriff gegen den Kultusminister Buck dürfte ein Versuch sein, dem Mitglied der Nationalversammlung Dr. Seyfert den Weg für den Posten des Kultusministers zu ebnen. Inwiefern Minister Buck durch die von ihm bei der Volkskammer eingebrachten Gesetzentwürfe „unverkennbar in Widerspruch mit den Beschlüssen der maßgebenden Instanzen des Reiches geraten" sein soll, ist unverständlich.

Berlin. (Die große Vermögensabgabe.) Wie bereits gemeldet, wird die Regierung als Ergänzung zu dem gegenwärtig überreichten Steuerbukett in allernächster Zeit die große Vermögensabgabe der Nationalversammlung einreichen. Die Börsenzeitung berichtet hierzu, daß die Vorlage noch vor den Ferien, also vor Mitte Juli, bei der Nationalversammlung eingebracht werden soll. Die ziffermäßige Angabe des Blattes, wonach der Ertrag 70 bis 90 Milliarden betragen soll, kann an zuständiger Stelle noch nicht als feststehend betrachtet werden. Auch die bestehende Umsatzsteuer wird, wie wir bereits früher meldeten, voraussichtlich erheblich erhöht werden.

— (Die Entente und die Streiks.) Nach einer Meldung der Times erregen die deutschen Ausstände die größte Beachtung bei den verbündeten Mächten. Obwohl sich die Verbündeten in innerpolitische Angelegenheiten Deutschlands nicht einmischen wollen, so werden sie doch, wie das Blatt meint, gezwungen sein, Maßnahmen für die von der Streikbewegung bedrohten wichtigsten Wirtschaftsgebiete zu erörtern oder von der deutschen Regierung zu verlangen.

— (Um das Schicksal der östlichen Gebiete.) Die Absicht, die Ostgebiete als selbständige Republik auszurufen, ist, wie aus Thorn gemeldet wird, aufgehoben. Die deutschen Volksräte haben mit dem polnischen Volksrat bereits Fühlung genommen. Beide Volksräte fordern in einem gemeinschaftlichen Aufruf die Bevölkerung zur Ruhe und Aufrechterhaltung der Ordnung auf. Zur Sicherheit soll eine deutsch-polnische Bürgerwehr gegründet werden, die unter dem Kommando je eines deutschen und eines polnischen Offiziers stehen wird. Zu weiteren Verhandlungen mit dem obersten polnischen Volksrat sind Mitglieder des Thorner deutschen u. polnischen Volksrates nach Posen abgereist.

— (Die Ursache der Hamburger Unruhen) liegt nicht nur in den Lebensmittelfälschungen, sondern auch in den Diebstählen auf den amerikanischen Lebensmittelschiffen, die von dem Kontigent der Hamburger Bevölkerung abgezogen wurden. 5000 bis 6000 Pfund Speck von der gestohlenen Ware sind ins Wasser geworfen worden. Um den Diebstählen entgegenzutreten, mußten schließlich die Bahrenfelder Freiwilligen herangezogen werden, was den ersten Anlaß zur Streikhetze gab. Es wird aller Wahrscheinlichkeit nach erst dann neuer Proviant in Hamburg ankommen, wenn Gewähr dafür geboten ist, daß die Unruhen sich nicht wiederholen.